



Bündner Gewerbe

Wirtschaftsmagazin für das Gewerbe in Graubünden | 4/2024

Abstimmung 24. November
Ja Ausbau Nationalstrassen
Ja Mietrecht (2x)
Ja EFAS



Berufsbildung

mit Magazin

Beilage mit Informationen für Lehrbetriebe, Eltern und junge Erwachsene
Umfrage bei den Lehrbetrieben und neue Berufsbildungsstrategie

Bündner Politik

Vernehmlassung
zum Steuergesetz

Verkehrsinfrastruktur

Interview mit
Regierungsrätin Maissen

Green Tech

Bündner Wirtschaft
startet Kompetenznetzwerk



AUSGLEICHKASSE WIRTSCHAFT
GRAUBÜNDEN GLARUS



Erste Säule. Erste Wahl.

Persönlich. Kompetent. Effizient.

Das Wichtigste in Kürze



Im Brennpunkt

- 5 Editorial des Präsidenten:** Die Berufsbildung ist essenziell
- 7 Kommentar des Direktors:** Berufsbildung ist das Rückgrat der Bündner Wirtschaft
- 9 Bündner Politik:** Die Berufsbildung ist essenziell
- 11 Interview:** Regierungsrätin Carmelia Maissen zur Verkehrsinfrastruktur
- 13 Abstimmung:** Ja-Parole des BGV zur Sicherung der Nationalstrassen
- 15 Abstimmung:** Ja zum Mietrecht (2x) und EFAS
- 17 Berufsbildung:** Neue Strategie «Berufsbildung Graubünden 2035»
- 18 Berufsbildung:** Ergebnisse der grossen Lehrbetriebsumfrage

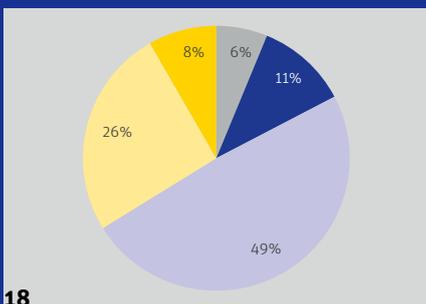


Verbände und Branchen

- 22 BGV-News:** Rückblick Präsidentenkonferenz und Herbst-Anlässe
- 23 KMU-Impuls:** Neue Anlässe und Seminare, Tickets HC Davos

Das interessiert das Gewerbe

- 29 Green Tech:** Bündner Wirtschaft lanciert Projekt zu grünen Technologien
- 31 Gut zu wissen:** Wissenswertes für Lehrbetriebe



Eine spannende Lektüre wünscht das Redaktionsteam René Weber und Maurus Blumenthal.

Titelbild: Gian Ehrenzeller/Keystone



Impressum

Bündner Gewerbe: Wirtschaftsmagazin für das Gewerbe in Graubünden. Offizielles Verbandsorgan des Bündner Gewerbeverbands als Dachorganisation der gewerblichen Wirtschaft Graubündens. Dieser Ausgabe ist das «Magazin Berufsbildung» mit Informationen rund um die Berufsbildung in Graubünden beigelegt.

Ausgabe 4/2024: 44. Jahrgang, Auflage 6400, erscheint 4-mal im Jahr. Verantwortlich: Maurus Blumenthal, Direktor (Bl.). Redaktion: René Weber (rw.)

Redaktionsadresse: Bündner Gewerbeverband, Unione grigionese delle arti e mestieri/Uniuon grischuna d'artisanadi e mastergn/Haus der Wirtschaft. Hinterm Bach 40, 7000 Chur, Telefon 081 257 03 23, E-Mail: info@kgv-gr.ch, Internet: www.kgv-gr.ch



Näher bei Ihnen: Bei uns stehen Sie als Mensch im Fokus.

Weil gemeinsam besser ist.

Als Genossenschaft haben wir keine Kunden. Wir haben Mitglieder. Darum begegnen wir uns gegenseitig auf Augenhöhe. Und wir wissen: In einer Gemeinschaft ist jedes Mitglied anders. Aus dieser Haltung entstehen Vorsorgelösungen, die perfekt auf Ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Erfahren Sie mehr über die Vorteile unserer genossenschaftlich organisierten Pensionskasse.
www.asga.ch



asga
pensionskasse

Gemeinsam können wir viel bewegen ...



In einer sich stetig wandelnden Arbeitswelt ist die Bedeutung einer soliden Berufsbildung kaum zu überschätzen. Sie bildet das Fundament unserer Wirtschaft und sichert den nachhaltigen Erfolg von Unternehmen und Gesellschaft. Angesichts demografischer Veränderungen und zunehmenden Fachkräftemangels ist es von grösster Bedeutung, dass Unternehmen und Ausbildner verstärkt Zeit und Geld in ihre Lernenden investieren.

Die Berufsbildung ist nicht nur ein Mittel zur Qualifizierung junger Menschen, es ist auch die essenzielle Säule der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie stellt sicher, dass Betriebe über qualifizierte Fachkräfte verfügen, die den Herausforderungen des Marktes gewachsen sind. Der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften ist in vielen Branchen grösser denn je, sei es im Handwerk, in der Industrie oder im Dienstleistungssektor.

Für eine erfolgreiche Berufsbildung sind zwei Ressourcen entscheidend: Zeit und Geld. Unternehmen und Ausbildner müssen in diese grosszügig investieren, um langfristige Erfolge zu erzielen. Hochwertige Ausbildung erfordert qualifizierte Ausbildner, moderne Ausbildungsplätze und aktuelle Lehrmaterialien. Nur wer in diese Bereiche investiert, profitiert von gut ausgebildeten Fachkräften, die die Produktivität und Innovationsfähigkeit des Unternehmens steigern.

Jeder Lernende hat individuelle Stärken und Schwächen. Um diese optimal zu fördern, bedarf es einer persönlichen Betreuung und gezielter Förderung, die Zeit und Engagement der Ausbildner erfordern. Durch individuelle Förderung können Lernende ihr volles Potenzial entfalten und dem Unternehmen einen höheren Mehrwert bieten. Durch die Investition in die Ausbildung junger Menschen sichern Unternehmen ihren eigenen Fortbestand. Qualifizierte Fachkräfte von heute sind die Leistungsträger von morgen. Ein gut ausgebildeter Mitarbeiterstamm ist eine strategische Investition in die Zukunft eines jeden Betriebs.

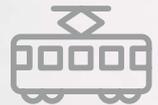
Angesichts dieser Aspekte richtet sich ein dringender Appell an alle Unternehmer und Ausbildner: Erkennen Sie die Bedeutung der Berufsbildung und investieren Sie verstärkt in Ihre Lernenden. Nur durch ein hohes Engagement in der Ausbildung können wir den Fachkräftemangel langfristig bewältigen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sichern. Diese Investitionen zahlen sich langfristig aus, indem sie gut ausgebildete Fachkräfte hervorbringen, die die Grundlage für Innovation und Wachstum bilden. Durch ein verstärktes Engagement in der Berufsbildung sichern wir nicht nur die Zukunft unserer Unternehmen, sondern tragen auch zur Stabilität und Weiterentwicklung unserer gesamten Gesellschaft bei.

Gemeinsam können wir viel bewegen ... sprechen wir nicht nur darüber, machen wir's.

Euer Viktor Scharegg



**Für eine Schweiz,
die vorwärtskommt**



zusammen-vorwaertskommen.ch

JA 24. Nov. 2024
Sicherung der
Nationalstrassen



**Kosten senken,
Versorgung
stärken.**

Prämienzahlende endlich entlasten!

einheitliche-finanzierung.ch

**+
ja**

24. November
zur einheitlichen
Finanzierung
(KVG-Änderung)

Die Berufsbildung ist das Rückgrat der Bündner Wirtschaft



Maurus Blumenthal

Die Berufsbildung ist ein zentraler Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Ich würde sogar behaupten, dass sie in Graubünden das Rückgrat der Wirtschaft bildet. Ohne Berufsbildung in den Regionen könnte die regionale Wirtschaft nicht existieren. Deshalb ist die Berufsbildungspolitik eine wichtige Säule der Wirtschaftspolitik. Die Berufsbildung ist eine entscheidende Massnahme, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Darüber hinaus kann sie in Zukunft einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Graubünden als attraktiven Wohn- und Arbeitsort zu positionieren.

Die Berufsbildung in Graubünden ist bereits solide aufgestellt, wie die Ergebnisse der Lehrbetriebsumfrage und die Analyse der Kennzahlen zeigen. Die QV-Abschlussquote, die «Gymi-Quote» und die Lehrvertragsauflösungsquote sind seit 20 Jahren stabil. Es lässt sich zudem beobachten, dass auf verschiedenen Ebenen der Berufsbildung in Graubünden viel Engagement vorhanden ist. Um das Potenzial der Berufsbildung jedoch noch besser auszuschöpfen, müssen alle involvierten Akteure künftig verstärkt in die Berufsbildung investieren. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Graubünden als Berufsbildungskanton zu positionieren. Graubünden soll mit seiner qualitativ hochstehenden und zukunftsgerichteten Berufsbildung führend werden. Dies ist der Anspruch, den der BGV sich selbst im Rahmen der Strategie «Berufsbildung Graubünden 2035» gesetzt hat.

Unterschiedliche Herausforderungen

Die aktuell grösste Herausforderung im Bündner Berufsbildungssystem ist der starke Rückgang an Lernenden. Zwischen 2008 und 2021 sank die Anzahl Schulabgänger/innen von fast 2500 auf 1500. Entsprechend überrascht es nicht, dass viele Lehrbetriebe über fehlende Lernende klagen. Bis 2035 wird die Anzahl der Schulabgänger/innen stabil bleiben, jedoch mit Unterschieden zwischen den Regionen. Laut Prognosen wird das Bevölkerungswachstum im Vergleich zu den umliegenden Kantonen aber deutlich geringer ausfallen. Trotz stabiler Maturitätsquote von rund 20 % nimmt der «Gymi-Druck» zu, während das Interesse an Berufen im Gewerbe und der Industrie abnimmt. Die topografi-

schon und sprachlichen Gegebenheiten stellen besondere Herausforderungen für die Berufsbildung in Graubünden dar. Lernende haben oft weite Anfahrtswege, und Berufsfachschulen zählen nur wenige Lernende pro Berufsgang. Die Mehrsprachigkeit ist eine besondere Herausforderung für den Unterricht und die überbetrieblichen Kurse. Zudem müssen Bildungsinstitutionen auf einem begrenzten Arbeitsmarkt in Graubünden mit rund 100 000 Arbeitstätigen kostendeckende Weiterbildungsangebote schaffen. Allgemein kann die Steuerung der Berufsbildung in Graubünden als schwach, die Strukturen

«Graubünden als Berufsbildungskanton positionieren und damit Zuzüger/innen gewinnen.»

als kleinräumig und die Zusammenarbeit als ausbaufähig beurteilt werden. Einerseits entspricht dies der Kultur der kurzen Wege und der natürlichen Vernetzung im Kanton. Andererseits stellt die schwache Steuerung angesichts der Herausforderungen im Bereich der Berufsbildung einen Nachteil dar.

Strategie als Roadmap

Die Berufsbildungsstrategie wurde von der neu eingesetzten Berufsbildungskommission des BGV erarbeitet. Sie bildet die Grundlage, um die Berufsbildung im nächsten Jahrzehnt zu stärken. Im Sinne einer Roadmap umfasst sie 73 verschiedene Massnahmen. Selbstverständlich werden diese priorisiert. Die neue Strategie umfasst vier Handlungsfelder. Erstens soll die Berufsbildung in den Schulen und den Familien besser anerkannt werden und Graubünden mittels Kommunikationsaktivitäten als Berufsbildungskanton positioniert werden. Die Berufsbildung in den Schulen soll ausgebaut werden. Zweitens sollen Ausbildungsbetriebe in ihrer Ausbildungsarbeit unterstützt und begleitet werden, so dass die bereits gute Ausbildungsqualität gesteigert werden kann. Die Betriebe sind die zentrale Säule der Berufsbildung. Für die Qualitätsentwicklung und für Angebote zuhanden der Ausbildungsbetriebe soll ein branchenübergreifendes

Kompetenzzentrum geschaffen werden. Drittens sollen die Strukturen und das Netzwerk gestärkt und auf die Zukunft ausgerichtet werden. Viertens sollen Entwicklungen in der Berufsbildung proaktiv vorangetrieben werden. Die Berufsbildung ist bekanntlich ein System ohne zentrale Steuerung. Die Verbundpartner/innen aus Wirtschaft und Staat haben jeweils ihre eigenen, sich ergänzenden Rollen und Aufgaben. Daher ist es enorm wichtig, dass die Kommunikation zwischen den verschiedenen Partner/innen gut funktioniert. Eine zentrale Aufgabe des BGV besteht darin, alle relevanten Partner/innen der Berufsbildung zusammenzubringen. Entsprechend enthält die Strategie auch verschiedene Massnahmen zur Stärkung des Austauschs und der Zusammenarbeit. Nur gemeinsam kann die Berufsbildung in Graubünden weiter gestärkt werden.

Innovationen, Qualität und Finanzierung

Das Ziel, Familien, Lernende und Absolventen der höheren Berufsbildung nach Graubünden zu holen, ist ambitioniert, aber nicht unmöglich. Ein Beispiel ist die neue Lehre zur Hotelkommunikationsfachperson: Rund die Hälfte der Lernenden in diesem neuen Beruf kommt von ausserhalb des Kantons, dank des integrierten Angebots der EHL-Passugg mit Blockunterricht und Wohnmöglichkeiten. Um Graubünden attraktiver zu machen, müssen wir innovativer werden, die Qualität steigern und mehr integrierte Angebote für ausserkantonale Lernende schaffen. Die hervorragende Berufsbildung muss sichtbarer werden – daher muss die Kommunikation innerhalb und ausserhalb des Kantons aufgebaut werden. Was es selbstverständlich auch braucht, ist eine genügende Finanzierung – vonseiten der Wirtschaft und von der öffentlichen Hand. Der Grosse Rat hat mit der Überweisung des Auftrags Heini hierfür die Regierung bereits beauftragt «die Finanzierung der Berufsbildung auf allen Stufen angemessen zu erhöhen». Um Graubünden als Berufsbildungskanton zu positionieren und damit Zuzüger/innen gewinnen zu können, braucht es innovative Ansätze, Qualität und die nötige Finanzierung. Neben der Bildungspolitik ist natürlich auch die Raumplanungs- und Steuerpolitik zentral, um Zuzüger/innen zu gewinnen.



WARUM SIND SO VIELE SCHWEIZER UNTERNEHMEN BEI DER NUMMER 1?

WEIL GESUNDHEIT
ALLES IST **SWICA**

Rund 27 000 Unternehmen und 1,5 Millionen Versicherte vertrauen auf die führenden Versicherungslösungen von SWICA. Somit ist SWICA nicht nur in der Kundenzufriedenheit die Nummer 1, sondern auch im Krankentaggeld. Sie profitieren in vielen Bereichen rund um die Gesundheit und von besonders attraktiven Kollektivvorteilen. Informieren Sie sich jetzt präventiv über Ihren Versicherungsschutz: **SWICA Chur, Telefon 081 254 15 15 oder swica.ch/unternehmen**



WILLI HAUSTECHNIK

Sie kümmern sich
ums Geschäft.
Wir um den Kaffee.




Dallmayr
VENDING & OFFICE

www.dallmayr.ch

Folgen Sie uns auf LinkedIn®:

Dallmayr Vending & Office Switzerland 

#dallmayrswitzerland

Betriebsliegenschaft finanzieren? Wir bürgen für Sie

BG OST-SÜD Bürgschaftsgenossenschaft für KMU
071 242 00 60 – www.bgost.ch

BGOST
CF**SUD**

Verdoppelung der geplanten Steuerreduktion gefordert

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden begrüßen ausdrücklich die Bestrebungen des Kantons, die steuerliche Attraktivität für Familien und Erwerbstätige zu verbessern. Es sollen mindestens 40 Millionen des Eigenkapitals pro Jahr für gezielte Steuerreduktionen im Sinne des Auftrags Hohl eingesetzt werden. Die Kinderabzüge sollen stärker als geplant erhöht werden und von einer Anpassung der Steuerfreigrenze ist abzusehen. Dafür sollen andere Massnahmen geprüft und ergriffen werden.

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden (DWGR) haben im Rahmen der Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes erklärt, dass die Vorlage das Ziel des Auftrags Hohl «Steuerentlastung für Familien und Fachkräfte» nur teilweise erreicht. Die Wirtschaftsverbände erwarten, dass der Kanton die steuerlichen Möglichkeiten nutzt, um Familien und Fachkräfte aus anderen Kantonen anzuziehen und um das Erwerbspotenzial in Graubünden besser auszuschöpfen. Steuerentlastungen für Arbeitnehmer sind aufgrund der demografischen Entwicklung auch aus wirtschaftspolitischer Sicht angezeigt.

Spitzenposition im Steuerwettbewerb anstreben

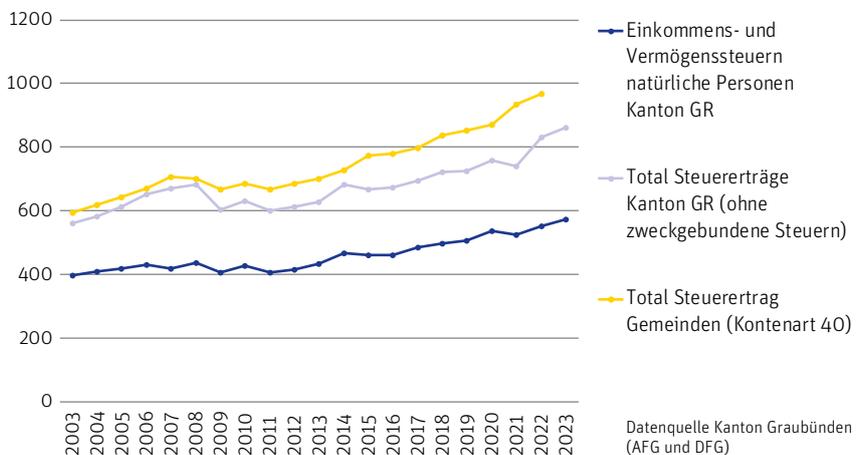
Die Schwerpunkte der Revision sollen so gesetzt werden, dass für ausgewählte Bereiche wie den Kinder- und Drittbetreuungsabzügen sowie der Steuerbelastung für Zweitverdienerhepaare eine Spitzenstellung des Kantons Graubünden im schweizweiten Vergleich erreicht werden kann. Nach Ansicht der DWGR soll die vorliegende Teilrevision des Steuergesetzes dazu führen, dass der Kanton Graubünden bei den Kinderabzügen schweizweit den Spitzenplatz einnimmt. Vor diesem Hintergrund und mit dem Ziel der genannten

Weitere Informationen

Die gesamte Vernehmlassungsantwort der DWGR ist auf der Webseite zu finden: www.dwgr.ch



Entwicklung Steuererträge Kanton und Gemeinden GR (in Mio. CHF)



Schwerpunktsetzung lehnen die DWGR die vorgeschlagene Erhöhung der Freigrenze beim Einkommenssteuersatz ab. Mit der erfolgten Steuerfussreduktion 2023 wurde eine allgemeine Steuerrektion, von welcher sämtliche Steuerpflichtigen profitieren, bereits umgesetzt.

Grosse Zunahme der Steuererträge bei Gemeinden und Kanton

Das Volumen der vorgeschlagenen Steuerentlastung fällt angesichts des frei verfügbaren Kapitals des Kantons sowie der gemäss Auftrag Hohl angestrebten Wirkung zu tief aus. Die DWGR beantragen, im Rahmen der Vernehmlassung entsprechend, die kantonale Steuerentlastung im Rahmen der vorliegenden Teilrevision zumindest auf das Doppelte zu veranschlagen, nämlich von 20 Millionen auf zumindest 40 Millionen. Aus finanzpolitischer Sicht ist diese Forderung vertretbar. Einerseits verfügt der Kanton über fast eine Milliarde frei verfügbares Kapital, und andererseits haben die Steuereinnahmen des Kantons und Gemeinden in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Die Zunahme der Steuereinnahmen beruht auch auf dem stetig ansteigenden Steuersubstrat beim Einkommen von natürlichen Personen in Graubünden – dieser hat seit 2020 um 15% zugenommen. Die Steuererträge sind seit 2003 beim Kanton um 53% und bei den Bündner Gemeinden sogar um insgesamt 63% gewachsen. Entsprechend sind ein Grossteil der Gemeinden fi-

nanziell gut aufgestellt. 2022 sank der durchschnittliche Steuerfuss der Bündner Gemeinden erstmals unter 90 Prozent, bei weiterhin steigenden Fiskalerträgen. So erzielten 89 von 101 Bündner Gemeinden im Jahr 2022 einen Ertragsüberschuss aus der Erfolgsrechnung.

Spielräume nutzen und weitere Massnahmen prüfen

Neben der Ablehnung der Erhöhung der Freigrenze beim Einkommenssteuersatz und einer deutlichen Erhöhung der Kinderabzüge sprechen sich die DWGR für eine Erhöhung der Drittbetreuungsabzügen sowie einer Senkung der Steuerbelastung für Zweitverdienerhepaare aus. Weiter beantragen die DWGR die Prüfung der Anpassung der Progressionskurve, um steuerliche Anreize für Fachkräfte zu setzen und den Mittelstand steuerlich zu entlasten. Letztlich soll eine eingehende kantonsübergreifende Prüfung von weiteren Massnahmen und Instrumenten stattfinden. Der derzeitige Revisionsentwurf des Steuergesetzes des Kantons Wallis enthält beispielsweise einen Abzug bei Erwerbstätigkeit von Personen in der AHV. Es ist daher nicht ersichtlich, wieso dies für Graubünden nicht möglich sein soll. Die DWGR vertreten klar die Auffassung, dass die Steuerpolitik ein wichtiger Hebel darstellt, um den Arbeitskräftemangel zu beheben, indem die richtigen Anreize zur Steigerung der Erwerbsarbeit gesetzt werden.



The advertisement features a scenic background of a mountain landscape at sunrise or sunset, with a person standing on a grassy peak with their arms raised. The word "YES!" is written in large, white, semi-transparent letters across the center. In the top left corner, the logo for "FH GR Fachhochschule Graubünden" is shown. In the top right corner, a red circle contains the text "Infotage Chur 31.10.2024 & 2.11.2024". At the bottom left, there is a QR code and the text "Jetzt anmelden fhgr.ch/infotag". At the bottom right, the text "Bilden und forschen. graubünden" is visible.

FH GR Fachhochschule Graubünden

Infotage Chur
31.10.2024 &
2.11.2024

YES!

Jetzt anmelden
fhgr.ch/infotag

Bilden und forschen. graubünden

Naturgefahren und Ausweichverkehr als Herausforderung



Die sichere und zuverlässige Verkehrsinfrastruktur ist für die Wirtschaft in Graubünden von grösster Bedeutung. Sie ist eine der wichtigsten Rahmenbedingungen, damit Unternehmen in den Tälern Graubündens erfolgreich wirtschaften können.

Bl. Staus mit Ausweichverkehr und Sperrungen aufgrund von Naturgefahren beeinträchtigen die Unternehmen stark und bringen die Arbeit teilweise zum Erliegen. Die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs nimmt auch in Graubünden laufend zu. Dieser ist für den Tourismus wie auch für den Pendelverkehr an den Arbeitsorten wichtig. Wir haben mit der Bündner «Verkehrsministerin» Regierungsrätin Carmelia Maissen zur Verkehrsinfrastruktur und Mobilität in Graubünden gesprochen.

Wo sehen Sie aktuell die grössten Herausforderungen bei der Verkehrsinfrastruktur?

Carmelia Maissen: Einerseits nehmen die Schäden durch Naturgefahren und extreme Wetterereignisse als Folge des Klimawandels zu. Dies führt dazu, dass Kantonsstrassen kurzzeitig nicht verfügbar sind. Andererseits stellen wir fest, dass die Ansprüche sowohl an die Sicherheit als auch an die Verfügbarkeit der Strassenverbindungen gestiegen sind. Diese beiden «gegenläufigen» Tendenzen führen mitunter dazu, dass die Forderungen nach teuren Galerien und Tunnels zunehmen. Eine weitere Herausforderung stellt das erhöhte Verkehrsaufkommen dar. Dieses führt insbesondere an neuralgischen Tagen dazu, dass gerade entlang der Nationalstrassen N13 sowie im Winter auch entlang der Prättigauerstrasse N28 der Verkehr auf das sekundäre Strassennetz ausweicht. Für die betroffenen Wohn- und Siedlungsräume ist dies eine Belastung, die wir verhindern möchten.

Müssen wir Schliessungen aufgrund von Naturereignissen in unserem Kanton vermehrt in Kauf nehmen oder gibt es Möglichkeiten, solche Ereignisse früher zu erkennen und bauliche Massnahmen zu ergreifen?

Die Verkehrsverbindungen im Alpenraum sind seit jeher den Naturgefahren ausge-

setzt. Neben meteorologischen Einflüssen sind Erosionsprozesse wichtige Auslöser dieser Gefahren. Die oberste Priorität besteht darin, die Sicherheit für die Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten. Dieses Ziel kann auf verschiedene Arten erreicht werden: einerseits durch organisatorische Massnahmen, wie beispielsweise einer vorsorglichen Sperrung bei Lawinen- oder Steinschlaggefahr. Andererseits durch verschiedene bauliche Massnahmen, die die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden erhöhen, wie beispielsweise Steinschlagchutznetze, Schutzdämme, Galerien und Tunnels. Welche Kombination von Massnahmen wo sinnvoll ist, muss immer am konkreten Fall erarbeitet werden. Eine 100-prozentige Sicherheit vor Naturgefahren wird es jedoch nie geben, trotz aller technischen Entwicklung und wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn.

Der Ausweichverkehr entlang der A13 hat vermehrt auch Auswirkungen auf den Güter- und Gewerbeverkehr. Was unternimmt der Kanton dagegen?

Die neuralgischen Tage mit einem überdurchschnittlichen Verkehrsaufkommen auf der A13 haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Der Ausbau des Abschnittes Reichenau–Rothenbrunnen auf vier Spuren ist im STEP dem «weiteren Realisierungshorizont» zugewiesen. Projekte dieser Kategorie werden vom Bund zwar langfristig als notwendig, im Vergleich zu anderen Nationalstrassenprojekten jedoch als weniger prioritär erachtet. Die Regierung wird sich im Rahmen des nächsten STEP-Ausbauschritts dafür einsetzen, dass das Projekt einem definitiven Zeithorizont zugewiesen und realisiert wird. Dabei ist es wichtig, unsere Interessen zusammen mit jenen der anderen Ostschweizer Kantone zu bündeln, um so mit gemeinsamer Kraft sich in Bundesbern einzusetzen.

Welche Lösungen sieht der Kanton bis dann vor?

Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) plant eine Pannestreifenumnutzung im Abschnitt von Landquart bis Sargans sowie ein Projekt zur Geschwindigkeitsharmonisierung und Gefahrenwarnung zwischen Thusis und Sargans. Beide Projekte tragen zur

Erhöhung der Kapazität und des Verkehrsflusses bei.

Ist der Durchgangsverkehr nach Süden schuld an den Staus?

Nicht nur, interessant ist eine Erkenntnis aus den Verkehrsmessungen: Von denjenigen Fahrzeugen, die bei Bad Ragaz in den Kanton Graubünden einfahren, passieren nur rund 40 Prozent den San-Bernardino-Tunnel. Die übrigen 60 Prozent verbleiben entweder im Kanton Graubünden oder reisen über andere Passstrassen in benachbarte Kantone oder das Ausland. Der Durchreiseverkehr auf der A13 macht also weniger als die Hälfte aus.

Das gesamte Interview kann online gelesen werden. www.kgv-gr.ch



Hauptstrasse über den Julierpass.



Versichern Sie Ihre Mitarbeitenden bei der Nummer 1.

Einfach unkompliziert Krankentaggeld abschliessen.



oekk.ch/taggeld

Die Versicherung mit
gesundem Bündnerverstand.

ÖKK

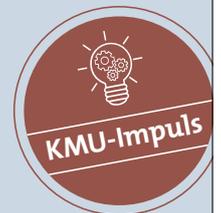
✓ gegen Missbrauch
✓ für faire Regeln



2xJA zum Mietrecht
mehr-wohnraum.ch
am 24. November

 BUND FÜR MEHR WOHNRAUM

Seminare Winter 24/25



Finanzielle Führung KMU –
Finanzen für Nichtfinanzleute
Sargans | 18. & 19. November 2024

Einstieg in die
Unternehmensnachfolge
Chur | 20. November 2024

KI und Digitalisierung in
Geschäftsprozessen von KMU
Sargans | 15. Januar 2025

Aktuelle Entwicklungen in den
Sozialversicherungen
Chur | 12. Februar 2025

Abendseminar: Organisation der
IT in KMU
Chur | 05. Februar 2025

20% Rabatt für BGV-Mitglieder
Information und Anmeldung:
www.kmu-impuls.ch



Ein Angebot von

HWSGR

Hoborc
Waldalpe-Bozshide
Graubünden

Bündner Gewerbeverband
Unione grigionese delle arti e mestieri
Unìun grischuna d'artisanadi e mastegri



Ja zur Beseitigung von Engpässen auf den Autobahnen (STEP)

Am 24. November stimmen wir über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen ab. Die Abstimmungsvorlage umfasst insgesamt sechs Teilprojekte in den verschiedenen Landesregionen. Diese Bauprojekte sollen Engpässe beseitigen und den Verkehrsfluss auf den Autobahnen verbessern. Wenn der Verkehr auf den Autobahnen fliesst, können Städte und Gemeinden vom Verkehr entlastet werden. Damit wird auch die Sicherheit im Strassenverkehr erhöht. Die Bevölkerung und die Wirtschaft profitieren von einer intakten und effizienten Verkehrsinfrastruktur. Entsprechend hat der Kantonalvorstand einstimmig die Ja-Parole zur STEP-Vorlage gefasst.

Bl. Mit dem strategischen Entwicklungsprogramm (STEP) des Nationalstrassennetzes soll bis 2030 vor allem in den städtischen Agglomerationen der Verkehrsfluss auf den Autobahnen verbessert werden. Der Ausbauschnitt, der zur Abstimmung kommt, umfasst die sechs baureifen Projekte im Raum Bern, St. Gallen, Basel, Schaffhausen und am Genfersee. Die Finanzierung erfolgt über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds (NAF) und erfolgt damit unabhängig vom ordentlichen Bundeshaushalt und auch unabhängig vom Schienenverkehr. Gegen diesen gezielten Ausbau an Engpässen ist von mehreren Umweltverbänden das Referendum ergriffen worden.

Verkehrswachstum und viel Stau

Der Verkehr auf dem Nationalstrassennetz hat sich in den letzten 60 Jahren mehr als verfünffacht. Bis 2050 wird mit einem weiteren Zuwachs von 11 Prozent im Personen- und 31 Prozent im Güterverkehr gerechnet. Die Gründe dafür sind vor allem die Zunahme der Mobilität sowie das Bevölkerungswachstum. Das bestehende Autobahnnetz stösst bereits heute an seine Grenzen. Davon sind auch das Gewerbe und die

gesamte Wirtschaft betroffen. Für den Gütertransport sind die Nationalstrassen systemrelevant. 63 Prozent des Gütertransports werden auf den Strassen abgewickelt, davon drei Viertel auf den Nationalstrassen. Die Nationalstrassen sind ein wichtiger Pfeiler der Verkehrserschliessung in der Schweiz. Bereits heute kommt es aufgrund der Verkehrsbelastung auf stark befahrenen Autobahnabschnitten regelmässig zu Staus und stockendem Verkehr. 2023 wurden knapp 48 000 Stautunden verzeichnet. Dies ist ein Zuwachs von über 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Staus kosten die Schweiz jährlich 1,2 Milliarden Franken. Mit gezielten Kapazitätserweiterungen an Engpässen soll der Verkehr auf diesen Abschnitten verflüssigt werden. Ohne Ausbau wird sich die Situation weiter verschlimmern, da die Mobilitätsnachfrage wächst.

Weniger Ausweichverkehr und mehr Sicherheit

Engpässe auf dem Nationalstrassennetz führen zu einer Rückverlagerung des motorisierten Strassenverkehrs auf die Kantons- und Gemeindestrassen. Dieser Verdrängungseffekt führt zu mehr Durchgangsverkehr in den Städten und Dörfern und hat negative Auswirkungen auf die Bevölkerung, die Verkehrssicherheit, den öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Veloverkehr. Mit der Abstimmungsvorlage wird die Sicherheit in den Siedlungsgebieten erhöht, wenn weniger Ausweichverkehr aufgrund von Engpässen auf den Autobahnen entsteht. Gut funktionierende Nationalstrassen leisten einen wichtigen Beitrag zu einem effizienten Gesamtverkehrssystem in der Schweiz. Strasse und Schiene bedingen sich gegenseitig. Parallel zum STEP gibt es ein strategisches Entwicklungsprogramm für die Bahninfrastruktur. So wie die Bahninfrastruktur gezielt ausgebaut werden muss, muss auch das Nationalstrassennetz gezielt erweitert werden.

Solidarität mit den Agglomerationen

Auch wenn keine der sechs Bauprojekte der Abstimmungsvorlage direkt Graubünden betreffen, ist es von zentraler Bedeutung für Graubünden, dass die Vorlage angenommen wird. Einerseits sollte die

24. Nov. 2024
JA Sicherung der Nationalstrassen



Fahrzeuge stauen sich auf der Autobahn.

Bündner Stimmbevölkerung sich solidarisch zeigen mit den Bewohnern und Gewerbetreibenden in den Agglomerationen und Städten, die vom Ausweichverkehr und den Staus noch stärker geplagt sind als wir. Andererseits ist Graubünden bei seiner Verkehrsinfrastruktur auf die finanziellen Mittel des Bundes beim Ausbau und Erhalt seiner Infrastruktur angewiesen. In Zukunft müssen auch die Nationalstrassen in Graubünden erweitert werden, beispielsweise Umfahrungen auf der Julierstrasse sowie der Engpass zwischen Reichenau und Rothenbrunnen bei der A13. Bei diesem Engpass nimmt der Stau, wie auch der Ausweichverkehr, laufend zu. Mit der absehbaren Verkehrszunahme werden Ausbauprojekte auch beim Nationalstrassennetz in Graubünden unabdingbar. Dann sind wir darauf angewiesen, dass diese Ausbauprojekte genehmigt und finanziert werden. Ein Ja zur STEP-Vorlage am 24. November dient auch als Zeichen für künftige Ausbau- und Umfahrungsprojekte in Graubünden. Es geht um eine Grundsatzfrage, ob Engpässe auf Autobahnen künftig überhaupt noch beseitigt werden sollen.

Weitere Informationen sind auf zusammen-vorwaertskommen.ch zu finden.



GARAGEGUT

ADI
WERKSTATT

TOM
VERKAUF

THOMAS
GESCHÄFTSLEITUNG

ROGER
VERKAUF

KURT
ANNAHME



Ihr Team mit 293 Jahren
Mercedes Erfahrung

Untere Industrie 6 | 7304 Maienfeld



Gewusst wie...

Wir planen, bauen und unterhalten Ihre Sanitär- und Heizungsanlagen! Was es alles dazu braucht? Ihr Vertrauen und unser «Gewusst wie».

gBrunner
Haustechnik AG



Domat/Ems

081 650 31 31

www.gbrunner.ch



ZENTRALWÄSCHEREI
Chur

Damit Sie sich um Ihre wesentlichen Kernaufgaben kümmern können, bieten wir Ihnen massgeschneiderte Wäschevollversorgung für Gewerbe, Industrie und Gastronomie.

DER PROFI FÜR IHRE BERUFSWÄSCHE



Pulvermühlestrasse 84 | 7000 Chur | Fon 081 286 03 03 | info@zwc.ch | www.zwc.ch

JA zum Mietrecht und zur Finanzierung des Gesundheitswesens

Mit der einheitlichen Finanzierung der ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) werden Fehlanreize im Gesundheitswesen beseitigt und das Finanzierungssystem vereinfacht. Die beiden Mietrechtsrevisionen sorgen für mehr Rechtssicherheit und verhindern Missbrauch bei der Untervermietung sowie beim Eigenbedarf. Der Kantonalvorstand unterstützt einstimmig alle drei Vorlagen und empfiehlt, am 24. November ein Ja einzulegen.

Bl. Gegen die beiden Mietrechtsrevisionen hat der Mieterverband und gegen die EFAS-Vorlage haben die Gewerkschaften das Referendum ergriffen.

Einheitlichen Finanzierung der ambulanten und stationären Leistungen (EFAS)

Die EFAS-Vorlage war das Ergebnis eines langen Verhandlungsprozesses zwischen verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen. Aus diesem Prozess entstand ein tragbarer Kompromiss, hinter dem neben dem Bundesrat und Parlament auch Ärzteverbände, Spitäler, Pflegeheime, Spitex-Organisationen und Krankenversicherer stehen. Die Reform ist von zentraler Bedeutung für eine moderne und zukunftsfähige Finanzierung des Gesundheitswesens. Sie soll helfen, die Gesundheitskosten langfristig besser zu kontrollieren. Insgesamt dürften die Kosten mit der EFAS-Vorlage weniger stark ansteigen als mit der bisherigen Finanzierung.

Die Vorlage kurz erklärt: Derzeit werden Leistungen im Gesundheitswesen unterschiedlich finanziert, je nachdem, ob sie ambulant oder stationär erbracht werden. Stationäre Behandlungen werden zu 55 Prozent von den Kantonen und zu 45 Prozent

von den Krankenversicherungen finanziert, während ambulante Leistungen vollständig von den Krankenversicherern und somit den Prämienzahlenden getragen werden. Bei Pflegeleistungen zu Hause und im Pflegeheim übernehmen Patienten und Krankenversicherer einen fixen Beitrag, der Rest wird vom Wohnkanton oder der Gemeinde gedeckt. Mit der EFAS-Vorlage sollen künftig alle Leistungen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung nach einem einheitlichen Verteilerschlüssel finanziert werden. Die Kantone tragen mindestens 26,9 Prozent der Kosten, die Krankenversicherer maximal 73,1 Prozent – egal ob die Leistung ambulant, stationär oder in einem Pflegeheim erbracht wird.

Mit der EFAS-Vorlage sollen künftig alle Leistungen nach einem einheitlichen Verteilerschlüssel finanziert werden.

Vorteile der Vorlage: Mit der EFAS-Vorlage können Fehlanreize im Gesundheitswesen beseitigt werden. Für Krankenversicherer ist es momentan zu wenig attraktiv, ambulante Behandlungen zu fördern. Auch für Spitäler sind ambulante Behandlungen nicht attraktiv. Da Kantone und Krankenversicherer mit der Reform alle Leistungen gemeinsam finanzieren, steigt für beide der Anreiz, die jeweils medizinisch sinnvollste und günstigste Behandlung zu fördern. Dies wird die Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungen beschleunigen, was oft nicht nur medizinisch sinnvoller, sondern auch kostengünstiger ist. Zudem fördert die Reform die integrierte Versorgung, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen verbessert. Die langfristige Finanzierung von Pflegeleistungen im Heim und zu Hause wird mit EFAS ebenfalls gesichert.

Ja zu den beiden Mietrechtsrevisionen (Revision des Obligationenrechts)

Die Schweiz verfügt über einen weitgehenden Mieterschutz. Die beiden Mietrechtsvorlagen betreffen nur einen kleinen Teil der Mietverhältnisse. Dennoch schaffen sie

mehr Klarheit und fairere Regeln, wo es bisher zu Missbrauch und Unsicherheit gekommen ist. Dadurch verbessern sie indirekt auch die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau. Von den Mietrechtsrevisionen profitieren auch KMU, die als Eigentümer und Vermieter von den unklaren Regelungen zur Untervermietung und zum Eigenbedarf betroffen sind.

Anpassungen bei der Untermiete: Das Mietrecht erlaubt heute die Untervermietung von Wohn- und Geschäftsliegenschaften. Vermieter können die Zustimmung zur Untermiete jedoch nur unter bestimmten Bedingungen, auch bei Missbräuchen verweigern. So können Mieter bei der Untermiete einen höheren Mietzins verlangen, als sie selbst zahlen, und somit ungerechtfertigte Gewinne erzielen. Mit der neuen Vorlage können Vermieter die Untermiete in bestimmten Fällen ablehnen und den Mietvertrag bei Missbrauch direkt kündigen. Dadurch wird das Eigentumsrecht gestärkt und das Gleichgewicht zwischen Mieter- und Vermieterrechten verbessert.

Anpassungen beim Eigenbedarf: Wenn eine Immobilie während eines laufenden Mietverhältnisses den Eigentümer wechselt, kann der neue Eigentümer das Mietverhältnis kündigen, sofern er einen dringenden Eigenbedarf für sich oder nahe Verwandte geltend machen kann. In der Praxis wird dieses Recht jedoch oft durch langwierige Verfahren behindert. Die Vorlage vereinfacht die Geltendmachung von Eigenbedarf, indem die verfahrensrechtlichen Hürden gesenkt werden. Dadurch können Kündigungen und Anfechtungsverfahren beschleunigt werden, was mehr Rechtssicherheit darüber schafft, wer die Mietwohnung nutzen darf. Gleichzeitig werden die Verfahrenskosten für alle Beteiligten gesenkt.



Weitere Informationen sind auf [einheitlichefinanzierung.ch](https://www.einheitlichefinanzierung.ch) zu finden



Weitere Informationen sind auf [mehr-wohnraum.ch](https://www.mehr-wohnraum.ch) zu finden



assepro.com

ASSEPRO
Sicherheit für Unternehmen



Ihr regionaler Broker für KMU. Lokal verankert, zentral unterstützt.

Wir haben für **fast** alles die passende Versicherungslösung.

COMMUNICAZIUN CH
DIE MANUFATUR

Die komplette Klaviatur der Kommunikation



glennerstrasse 17 · 7130 ilanz
filiale sommeraustrasse 32 · 7007 chur
werbetechnik via fussau 8 · 7130 ilanz
081 925 27 00 · info@communicaziun.ch
communicaziun.ch

**Mehr Möglichkeiten,
mehr Erfolge.
Für alle, die alles wollen.**



Strategie «Berufsbildung Graubünden 2035»

Der BGV hat eine Strategie zur Stärkung der Berufsbildung in Graubünden erarbeitet. Um den Fachkräftemangel zu beheben, ist eine qualitativ hochstehende und breit aufgestellte Berufsbildung zentral. Ziel der Strategie ist es, dass sich Graubünden innerhalb des nächsten Jahrzehnts als eine der führenden Berufsbildungsregionen der Schweiz etablieren kann. Familien und Arbeitskräfte sollen künftig auch dank der Berufsbildung hierher ziehen.

Bl. Da bisher keine strategischen Grundlagen für die Entwicklung der Berufsbildung als Ganzes in Graubünden vorhanden sind, hat der BGV eine Berufsbildungsstrategie für den Kanton erarbeitet. Diese wurde von der neu eingesetzten Berufsbildungskommission in Begleitung der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung EHB erarbeitet und von der Präsidentenkonferenz des BGV verabschiedet. In einem nächsten Schritt wird die Berufsbildungskommission die Priorisierung und Umsetzung der

einzelnen Massnahmen in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen und Stellen der Berufsbildung planen. Um das Zielbild der Berufsbildung in Graubünden bis 2035 zu erreichen, sind vier Handlungsfelder mit insgesamt 18 Schwerpunkten und 74 Massnahmen geplant.

Die gesamte Berufsbildungsstrategie ist auf der Webseite des BGV zu finden: www.kgv-gr.ch/berufsbildung

Berufsbildung
Graubünden
2035

Zielbild

Graubünden ist mit seiner qualitativ hochstehenden und zukunftsgerichteten Berufsbildung führend. Sie ist auf die Bedürfnisse der Berufswelt ausgerichtet und trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung im gesamten Kanton bei. Die Berufsbildung ist in der Gesellschaft fest verankert, genießt hohes Ansehen und bildet die Grundlage für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration.

Mission

Die Akteure gestalten die Berufsbildung gemeinsam mit Leidenschaft und Pioniergeist. Sie engagieren sich für zukunftsgerichtete Strukturen, eine zielführende Zusammenarbeit sowie herausragende Qualität.

Strategische Ziele

1. Die Anerkennung der Berufsbildung in der Gesellschaft verbessern.
2. Graubünden als Berufsbildungskanton positionieren und damit Zuzüger gewinnen.
3. Engagement fördern und Qualität stärken.
4. Trends erkennen und die Strukturen auf die Zukunft ausrichten.
5. Die Zusammenarbeit über Branchen, Lernorte und Bildungsstufen intensivieren.
6. Eine ausreichende Finanzierung sicherstellen.
7. Einen wichtigen Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels leisten.
8. Die Berufsbildung an den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft ausrichten.
9. Zu einer bestmöglichen Arbeitsmarktintegration beitragen.
10. Die Vielfältigkeit des Kantons mit seiner dezentralen Berufsbildung als Stärke nutzen.

Handlungsfelder und Schwerpunkte

Anerkennung und Positionierung der Berufsbildung	Unterstützung der Ausbildungsbetriebe	Stärkung von Strukturen und Netzwerk	Entwicklungen vorantreiben
<ul style="list-style-type: none"> * Stärkung Berufswahl * Sensibilisierung Berufsbildung * Frühzeitige Begegnung mit der Arbeitswelt 	<ul style="list-style-type: none"> * Angebote Berufsbildner * Lehrverbunde * Vernetzung und Austausch * Entlastung Lehrbetriebe 	<ul style="list-style-type: none"> * Berufsfachschulen * ÜK-Zentren * Unterstützungs- und Brückenangebote * Höhere Berufsbildung * Kompetenzzentrum Berufsbildung 	<ul style="list-style-type: none"> * Finanzierung sicherstellen * Digitalisierung nutzen * Zusammenarbeit stärken * Fachliche Entwicklung und Qualität stärken * Lernende und Absolvierende aus anderen Kantonen anziehen * Berufsorientierte Weiterbildung und Grundkompetenzen fördern

Berufsbildung mit Zukunft. **graubünden**



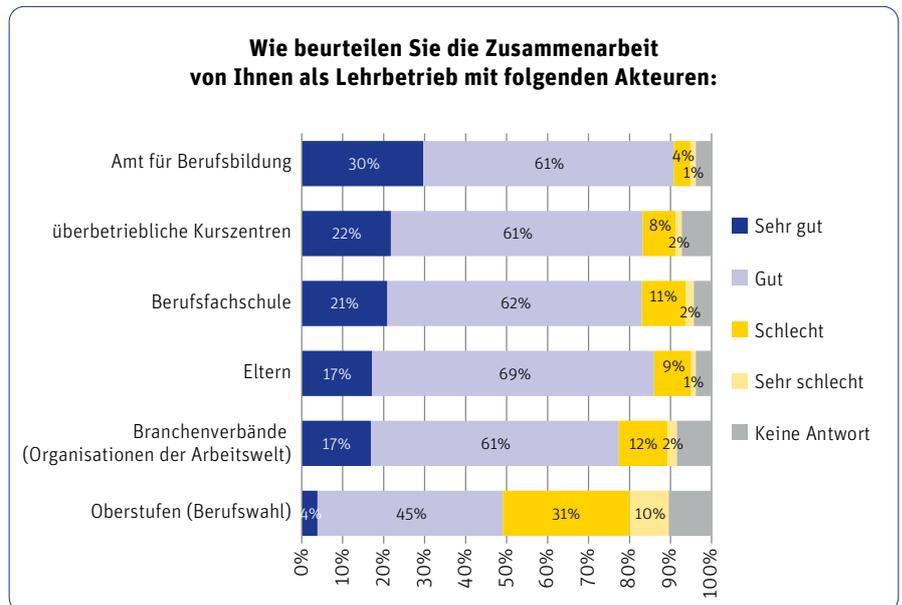
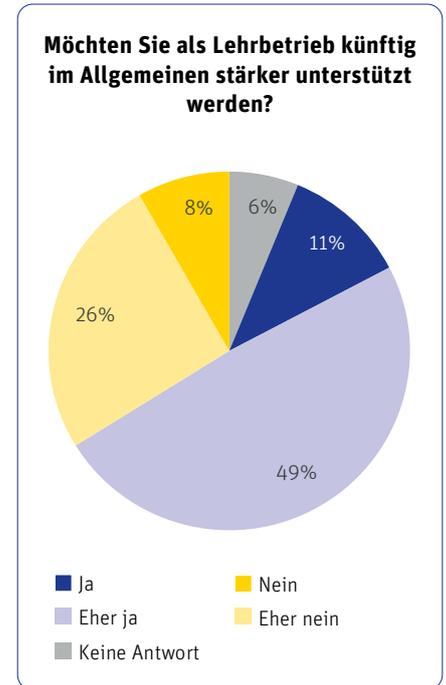
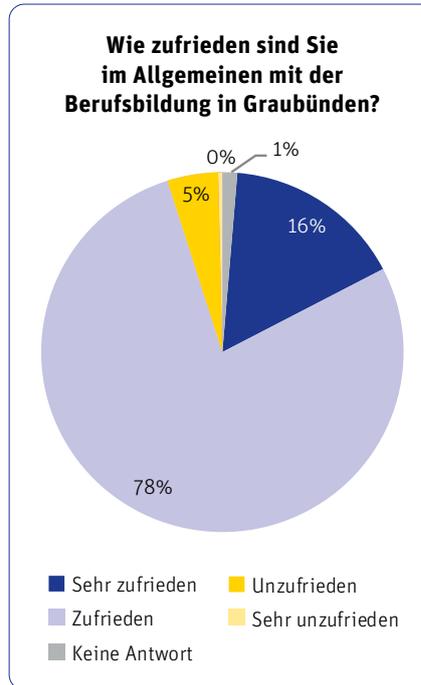
Gute Noten und dennoch Handlungsbedarf

Die erstmals durchgeführte Umfrage bei den Lehrbetrieben zeigt, dass die berufliche Grundbildung in Graubünden auf einer soliden Grundlage steht. Die Betriebe geben der Berufsbildung und ihren Akteuren insgesamt gute Noten. Handlungsbedarf besteht bei der Berufswahl in den Schulen, der Quantität und Qualität der Schulabgänger/innen, bei den berufsorientierten Weiterbildungen sowie den Lehrbetrieben. Es zeigt sich, dass der Aufwand für die Ausbildung von Lernenden bei den Lehrbetrieben aus unterschiedlichen Gründen zugenommen hat. Entsprechend möchten zwei Drittel der Lehrbetriebe stärker in ihrer Ausbildungsarbeit unterstützt werden.

Bl. Die Lehrbetriebe sind die zentrale Säule der beruflichen Grundbildung. Entsprechend hat der BGV in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung eine Umfrage bei den Lehrbetrieben im April 2024 durchgeführt – mit rund 500 Umfrageteilnehmer/innen. Die hohe Teilnahmequote an der Umfrage zeigt die Bedeutung der Berufsbildung und das Engagement der Ausbildungsbetriebe in Graubünden. Die Auswertung der Umfrage zeigt spannende Resultate und bildet eine zentrale Grundlage für die Lageanalyse in der Berufsbildungsstrategie (Seite 17).

Hohe Zufriedenheit und Qualität

Die Umfrage bei den Lehrbetrieben hat ergeben, dass die allermeisten Lehrbetriebe (über 90%) mit der Qualität der Berufsbildung und dem Image zufrieden bzw. sehr zufrieden sind. Rund die Hälfte der für eine gute Berufsbildung genannten Faktoren liegen im Zuständigkeitsbereich der Lehrbetriebe. Die andere Hälfte machen Faktoren bei den Lernenden, den Berufsfachschulen und den Behörden aus. Die ausschlaggebenden Faktoren für die Qualität der Berufsbildung liegen primär bei der Ausbildungsqualität in den Lehrbetrieben, der Kompetenz der Berufsbildungsverantwortlichen und der Zusammenarbeit über die drei Lernorte. Die Ausbildungsqualität nach Ausbildungsort wird grösstenteils als hoch bewertet. Die Qualität an Fachhochschulen, überbetrieblichen Kursen und Brückenangeboten wird leicht tiefer bewertet.



Schlusslicht sind die Anbietenden von berufsorientierten Weiterbildungen, bei denen ein Drittel der Umfrageteilnehmenden die Qualität als niedrig bewertet.

Handlungsbedarf und Zusammenarbeit

Der Handlungsbedarf für Verbesserungen und Weiterentwicklungen liegt für alle Ausbildungsorte unter 50%. Am wenigsten Handlungsbedarf wird bei den Berufsfachschulen und Berufsmaturitätsschulen gese-

hen, den grössten bei den berufsorientierten Weiterbildungen und in den Lehrbetrieben. Bei der Nennung von konkreten Herausforderungen beziehen sich 43% der Nennungen auf die Lernenden (Anzahl, Qualität etc.), 27% auf die Betriebe (wenig Interesse, Kompetenzen Auszubildender), 13% auf dem Image der Berufsbildung und 18% auf weiteren Faktoren. Bei der Zusammenarbeit zwischen Lehrbetrieben und weiteren Akteuren der Berufsbildung zeigt sich, dass



diese im Allgemeinen als gut bis sehr gut bewertet werden, ausser die Zusammenarbeit mit der Oberstufe im Rahmen der Berufswahl, bei der nur rund die Hälfte die Zusammenarbeit als gut bewerten (55%). Am besten wird die Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung 95% bewertet. Bei der Förderung von Grundkompetenzen sehen 39% einen (sehr) grossen Handlungsbedarf. Nur 22% der befragten Lehrbetriebe sehen Nachholbedarf bei den Angeboten für Lernende mit Schwierigkeiten.

Herausforderungen bei Lehrbetrieben

Die Lehrbetriebe geben an, dass die Ausbildung von Lernenden zeitlich (87%) und fachlich (82%) immer aufwendiger und anspruchsvoller wird. Entsprechend steigen auch die Anforderungen an die Ausbildung der Berufsbildner/-innen. Zwei Drittel sehen Veränderungen in den Berufsbildungsverordnungen als herausfordernd an. Weitere Herausforderungen mit rund 80% Zustimmung sind der Umgang mit der heutigen Generation von Lernenden und die Zunahme des administrativen Aufwands. 60% der Umfrageteilnehmenden geben an, dass sie ihre Lehrstellen eher nur schwer oder nicht besetzen können. Insbesondere grössere Unternehmen im Kanton sowie Unternehmen in der Surselva und im Enga-

din stufen die Lehrstellenbesetzung als herausfordernd ein. Allen weiteren Herausforderungen wurde nur von einer Minderheit zugestimmt.

Entlastungs- und Unterstützungsbedarf

Fast zwei Drittel der befragten Lehrbetriebe wünschen sich eine stärkere Unterstützung, wobei nur 10% darauf angewiesen scheinen. Die von mehr als einem Drittel der Teilnehmenden gewählten Antworten waren Reduktionen der von den Lehrbetrieben getragenen Kosten, zusätzlicher Stützunterricht an der Berufsfachschule, Weiterbildungsangebote für Berufsbildner/-innen, Coaching für Lehrbetriebe/Berufsbildende sowie regelmässiger Erfahrungsaustausch zwischen Lehrbetrieben. 15% der Umfrageteilnehmenden sind an Lehrbetriebsverbänden interessiert. Interessant ist, dass grössere Lehrbetriebe tendenziell mehr Unterstützungsbedarf anmelden als kleinere Lehrbetriebe. Die Frage, ob ein kantonaler branchenübergreifender Berufsbildungsfonds eingerichtet werden soll, beantworten rund zwei Drittel der Umfrageteilnehmenden mit «ja» respektive «eher ja».

Handlungsbedarf an Schulen

Knapp 85% der Umfrageteilnehmenden beurteilen den Berufswahlprozess insge-

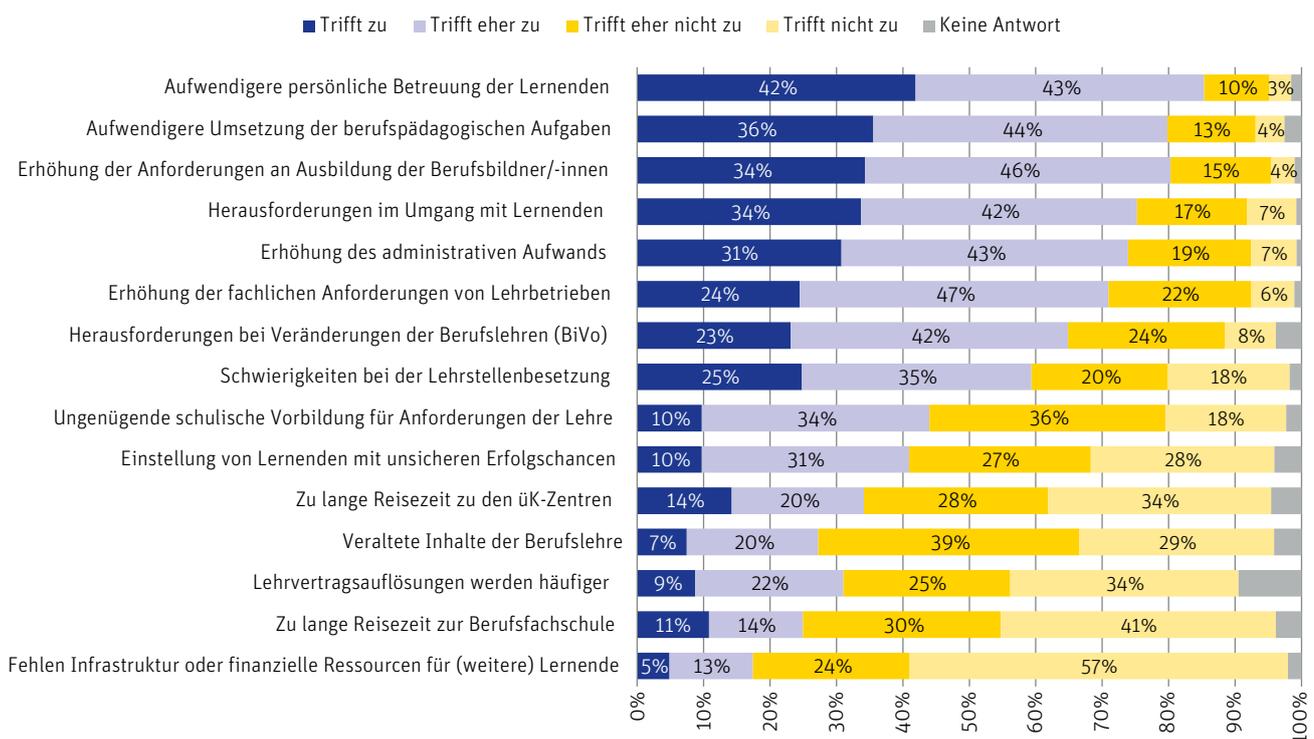
samt als gut oder sehr gut. Wer den Berufswahlprozess als schlecht oder sehr schlecht einstuft, sieht Handlungsbedarf insbesondere bei den Schulen. Auch die Zusammenarbeit mit den Oberstufen im Rahmen der Berufswahl wird von 41% als schlecht bzw. sehr schlecht bewertet. Gewünscht werden eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen, eine intensivere Begleitung beim Bewerbungsprozess und ein besseres Image der Berufsbildung bei den Lehrpersonen. Von den Lehrbetrieben, welche an der Umfrage teilgenommen haben, beteiligen sich 87% mit Orientierungs- und Schnupperlehren am Berufswahlprozess. Fast die Hälfte der Umfrageteilnehmenden nutzt Berufswahlangebote wie regionale Berufswahlanlässe und Lehrstellenbörsen.

Zur Umfrage

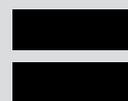
An der Online-Umfrage haben vom 6. bis 26. Februar 2024 insgesamt 525 Lehrbetriebe der 3000 Lehrbetriebe in Graubünden teilgenommen. Die gesamte Auswertung der Umfrage ist auf www.kgv-gr.ch/berufsbildung zu finden.



Herausforderungen der Lehrbetriebe



Gredig + Partner AG
Treuhand Steuern Revision



DAMIT SIE IN SACHEN
UNTERNEHMENSBERATUNG
NICHT IM REGEN STEHEN.



www.gredig-partner.ch

Hauptsitz: CH-7430 Thusis, Spitalstr. 1, Telefon +41 81 650 06 00, thusis@gredig-partner.ch
Zweigbüro: CH-7000 Chur, Gäuggelistr. 4, Telefon +41 81 257 10 40, chur@gredig-partner.ch

Mitglied TREUHAND | SUISSE
 Mitglied von EXPERTsuisse

Für den Durchblick im Büro

REVISION /
WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

STEUER- /
UNTERNEHMENSBERATUNG

BUCHHALTUNG /
JAHRESABSCHLUSS

IMMOBILIEN-
BEWIRTSCHAFTUNG

BEARTH
& partner

Bearth & Partner
Steuerberatung und Treuhand AG
Quaderstrasse 18 | CH-7000 Chur | 081 254 37 37 | bearth-treuhand.ch

 EXPERT
SUISSE
Certified Company

TREUHAND | SUISSE

 SVIT
GRAUBÜNDEN



▶ Hardware ▶ Software ▶ Netzwerke ▶ Security ▶ Support
▶ Cloud ▶ Virtualisierung ▶ VoIP



ALSOFT Informatik AG
Ein zuverlässiger und lokaler IT-Partner

ALSOFT Informatik AG 7417 Paspels
Tel. 081 650 10 10 info@alsoft.ch www.alsoft.ch

RRT TREUHAND
REVISION
IMMOBILIEN

Mit Engagement
und Erfahrung.



Seit über
75 Jahren
für Sie da.

Ihr Partner für
Treuhand, Immobilien &
Wirtschaftsprüfung.

RRT AG Treuhand & Revision
Poststrasse 22, 7001 Chur | Tel. +41 81 258 46 46 | rrt.ch



ALUCA WERKSTATT TO GO

Leicht und robust für den mobilen Service, mit 8 Jahren Garantie.

Wir, die ECKOLD AG aus Trimmis, sind Generalimporteur von ALUCA und bieten massgeschneiderte Lösungen sowie Standardmodule für jedes Bedürfnis und alle Fahrzeugtypen. ALUCA Fahrzeugeinrichtungen sind komplett aus Aluminium und daher besonders leicht.

ECKOLD AG Rheinstrasse 8 CH-7203 Trimmis +41 81 354 12 50 www.eckold.ch verkauf@eckold.ch



HEUTE DIE RESSOURCEN
VON MORGEN SICHERN

Swiss Eco Tap[®]
the acqua saver

EINSPARUNG
93 % Wasser
100 % Energie

Der revolutionäre Wasserhahn
aus Graubünden für eine
nachhaltige Nutzung von Wasser

5 Gründe die dafür sprechen:

- ✓ **Kosten**
- ✓ **Umweltfreundlichkeit**
- ✓ **Energie**
- ✓ **Wartung**
- ✓ **Hygiene**

Swiss Eco Line AG
www.swissecoline.com | info@swissecoline.com

Präsidentenkonferenz

An der diesjährigen Präsidentenkonferenz am 3. Oktober standen neben dem gegenseitigen Austausch und den Informationen zu den Verbandsaktivitäten zwei Strategien auf dem Tagesprogramm. Die Strategie des BGV für die Jahre 2025 bis 2028, welche vom Leitenden Ausschuss und der Geschäftsstelle ausgearbeitet wurden, wurde an der Präsidentenkonferenz beraten. An der Kantonalvorstandssitzung vom 15. Januar 2025 wird die neue BGV-Strategie verabschiedet. Die Interessenvertretung der Anliegen unserer über 6000 Mitgliedsun-

ternehmen wird weiterhin im Zentrum unserer Tätigkeiten stehen. Ebenfalls wurde die Berufsbildungsstrategie Graubünden beraten und verabschiedet. Diese wurde von der Berufsbildungskommission im Verlauf des letzten Jahres erarbeitet (siehe S.17). An der Präsidentenkonferenz eingeladen waren die Präsident/innen unserer 63 Sektionen sowie die Mitglieder des Kantonalvorstands. Vor der Präsidentenkonferenz fasste der Kantonalvorstand die Parolen zur Abstimmung vom 24. November (Ja zum Mietrecht und Ja zur EFAS).



Austausch zu regionalen Berufswahlangeboten



Im Vorfeld der Präsidentenkonferenz fand ein Austausch zu regionalen Berufswahlangeboten statt. Bereits mehr als die Hälfte der Handels- und Gewerbevereine führen entsprechende Aktivitäten wie Tischmessen, Schulbesuche an Gewerbeausstellungen, Lehrstellenparcours usw. durch. Die HGV-Vertreter/innen stellten ihre Projekte und Aktivitäten vor und berichteten von ihren Erfahrungen. Das gemeinsame Ziel ist es, die praxisorientierten Berufswahlangebote in den Regionen in Zusammenarbeit mit den Schulen und Lehrbetrieben zu stärken. Der BGV prüft eine koordinierende Rolle, um seine Sektionen sowie seine Mitglieder im Bereich der Berufswahl zu unterstützen.

Berufswahlangebote der HGV

➔ www.kgv-gr.ch



Nachfolgeplanung in KMU

Am 25. September verfolgten rund 80 Personen vor Ort oder per Livestream den KMU-Impuls-Anlass «Nachfolgeplanung in KMU – Inputs aus der Praxis» mit Referaten, einem Praxisbeispiel von Felix und Nicola Schutz sowie Gesprächsrunde.



Mittagessen Ehrenmitglieder

Der Ausschuss des BGV hat seine Ehrenmitglieder Ende September zu einem Mittagessen ins Hotel «Stern» in Chur eingeladen. Das 125-Jahr-Jubiläum im nächsten Jahr war dabei nur eines der Diskussionsthemen.



BGV trifft Bundesparlamentarier

Der Leitende Ausschuss und der Direktor des BGV haben sich Anfang September mit den Bündner Bundesparlamentariern zu einem (Gedanken-) Austausch mit einem Abendessen getroffen.

KMU Impuls



Anlass «Erfolgreiches Arbeitgebermarketing» 27. November 2024

Um Fachkräfte gewinnen zu können, ist es in der heutigen Arbeitswelt wichtig, als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden. Die Anforderungen der Mitarbeiter sind vielfältig und variieren je nach Branche und Unternehmensgrösse. Flexible Arbeitszeiten und eine starke Unternehmenskultur sind zentrale Faktoren. Ein wesentlicher Faktor ist auch die Kommunikation. Mit verschiedenen Massnahmen im Arbeitgebermarketing, auch Employer Branding genannt, können sich Unternehmen als attraktive Arbeitgeber positionieren. Der KMU-Impuls-Anlass vom 27. November widmet sich darum dem Thema «Erfolgreiches Arbeitgebermarketing». Neben Referaten werden drei Bündner Praxisbeispiele präsentiert. Der Anlass, der zusammen mit der Region Plessur organisiert wird, startet um 17.30 Uhr, ist kostenlos und schliesst mit einem Netzwerkapéro ab.

Tagesseminar «Einstieg in die Unternehmensnachfolge» 20. November 2024

Ziel des Tagesseminars «Einstieg in die Unternehmensnachfolge» ist es, dass sich Unternehmer/innen und ihre Nachfolger/innen mit dem Thema Nachfolge vertieft auseinandersetzen können. Im Seminar werden verschiedene Nachfolgeregelungen und die damit verbundenen Herausforderungen behandelt. Zudem erfahren die Teilnehmenden Wissenswertes in den Bereichen Recht, Steuern und Finanzierung sowie zur internen und externen Kommunikation im Nachfolgeprozess. Das Seminar beinhaltet auch Praxisbeispiele sowie den Austausch in der Gruppe. Als Dozent führt Jörg Sennrich, Geschäftsführer von KMU Next und erfahrener Nachfolgeexperte, durch das Seminar. Das Tagesseminar findet am Mittwoch, 20. November, in Chur statt.

Wochenendseminar «Unternehmensnachfolge angehen» 28./29. März 2025

Im Rahmen des Wochenendseminars «Unternehmensnachfolge angehen» können sich die Teilnehmer/innen vertieft mit der eigenen Nachfolge oder Übernahme auseinandersetzen. Das Seminar richtet sich an abtretende Unternehmer/innen mit oder ohne Partner/in sowie an Nachfolger/innen oder Fachpersonen, welche Unternehmensnachfolgen begleiten. Das Seminar beginnt am Freitagmittag und endet am Samstagnachmittag. Es findet in der Region Lenzerheide statt und beinhaltet eine Übernachtung. Durch das Seminar führen Jörg Sennrich, Geschäftsführer von KMU Next und erfahrener Nachfolgeexperte, ergänzt durch Fachreferenten aus den Bereichen Recht, Finanzierung und Steuern.

Informationen und Anmeldung: [➔ www.kmu-impuls.ch](http://www.kmu-impuls.ch)

BGV-Mitglieder erhalten 20% Rabatt auf die KMU-Impuls-Seminare



Vernehmlassung zum Wohnraumförderungsgesetz

Es besteht Handlungsbedarf im Bereich des knappen und fehlenden Wohnraums in Graubünden. Eine kantonale Wohnraumförderung kann zur Schaffung von neuem Wohnraum einen gewissen Beitrag leisten. Die DWGR haben sich im Rahmen der Vernehmlassung im Grundsatz daher positiv zum Gesetz über die Förderung von Wohnraum geäußert. Abgelehnt werden indessen die geplanten Direktbeiträge für den genossenschaftlichen Wohnungsbau. Diese Wohnbauförderung soll sich wie die Förderung des Bundes auf Darlehen begrenzen.

Die gesamte Vernehmlassungsantwort der DWGR ist auf der Webseite zu finden: www.dwgr.ch



Mitgliederangebot

Mit dem BGV gratis ans Spiel des HC Davos

Der HC Davos lädt den BGV am Mittwoch, 27. November, ans Meisterschaftsspiel gegen den HC Ambrì-Piotta ein. Insgesamt 500 Sitzplatz-Tickets stellt der HCD für die um 19.45 Uhr beginnende Partie zur Verfügung. Bestellungen sind ab sofort unter dem folgenden Link möglich:

[➔ hcd.ch/de/form/anmeldung-buendner-gewerbeverband](https://hcd.ch/de/form/anmeldung-buendner-gewerbeverband)

Es hüt solang's hüt.



Wirtschaftsforum Südostschweiz

Das Wirtschaftsforum Südostschweiz ging am 27. August in der Churer Stadthalle mit mehr als 550 Teilnehmer/innen zum 26. Mal über die Bühne. Der BGV war zum zweiten Mal als Partner dabei.



Economia – der Wirtschaftsanlass

Am 29. August fand im GKB-Auditorium in Chur der Economia-Anlass zum Thema «Bereit für die Zukunft: Unternehmensnachfolge im Fokus» mit 180 Teilnehmenden statt.

Kurzmeldungen

Korrigendum



In der Ausgabe 3/24 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Statt Andrea Bleisch war Andreas Zindel doppelt abgebildet. Wir entschuldigen uns bei unserem neuen Kantonalvorstandsmitglied.

Nachruf

Am 29. Juli ist unser Ehrenmitglied Albin Bisculm-Zarn im 82. Altersjahr verstorben. Er wird uns in unseren Gedanken für immer in Erinnerung bleiben. Der Familie sprechen wir unser herzliches Beileid aus.





SIE SUCHEN GEWERBEFLÄCHEN?

Self Storage | Gewerbeflächen
Lagerflächen

**Modernster
Ausbau**
.....
**Flexible
Flächengrösse**
.....
**Individuelle
Raumgestaltung**



**Wir vermieten
Räume.
Eine Buntheit
an Räumen.**

**BÜRO
HAUS**
Felsenastrasse

KUONI
TRANSPORTE

Büroräume | Archivräume | Schulungsräume

SCHELNER

Via Zups 2 | 7013 Domat/Ems | Telefon 081 286 30 00 | info@kuoni-gr.ch | schelmer.ch

Schelmer-Gewerbepark für lokale und regionale Wirtschaft

Die PVSP (Pensionskasse) der Planzer Transport AG hat zusammen mit deren regionalen Tochterunternehmung der Gebr. Kuoni Transport AG und unter der Generalplanung der Nocasa AG den neuen Gewerbepark Schelmer gebaut. Geschäftsführer Clau Caviezel erklärt, wie es dazu kam und was seine Erwartungen sind.

Der neue Gewerbepark trägt den Namen Schelmer. Wie sind Sie auf diesen Namen gekommen?

Lacht! Die Namensgebung Schelmer ist eine Hommage an die Churer, welche bei diesem Projekt involviert, mitgewirkt und eingebunden waren. Viele Churer, insbesondere diejenigen im Rheinquartier, kennen die wilden Geschichten und Sagen der alten, schönen und kleinen Schelmerbrücke noch, die über den Fluss Plessur führte. Sie ist der Namensgeber unserer Überbauung Schelmer an der Felsenastrasse 25, 25A und 27.

Aus welchem Grund investiert die Pensionskasse der Planzer Gruppe ausgerechnet in Chur?

Wir sind der starken Überzeugung, dass in der Region um Chur Bedarf an Lagerhallen, Produktionsstätten oder einfachen Gewerberäumen besteht. Die Nachfrage in den letzten Jahren hat unsere Überzeugung bestärkt. Mit dem Wegzug der Gebr. Kuoni Transporte im Jahr 2009 aus Chur nach Domat/Ems konnten wir unsere alte Liegenschaft an der Felsenastrasse 5 mit nahezu 100 Prozent Auslastung an Gewerbetreibende vermieten. Diese Immobilie ist jedoch in die Jahre gekommen und entspricht zum Teil nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Zudem ist die Lage aufgrund der Veränderung des Quartiers nicht mehr optimal für Gewerbeaktivitäten. Dies waren die Hauptgründe für diesen Schritt und die Realisierung des prachtvollen Neubaus.

Nutzt Kuoni den neuen Gewerbepark selbst oder ist er hauptsächlich für Dritte zugänglich?

Unser Ziel ist es, die gesamte nutzbare Fläche an Unternehmen zu vermieten. Neben den Gewerbeflächen vermieten wir im angrenzenden Trakt auch Büros und Schulungsräume in individueller Menge und Grösse. Bereits heute zählen wir unterschiedlichste Betriebe und Branchen zu unseren Mietern. Dies beginnt bei Einzelunternehmung und Einmannbetrieb und geht bis zu mittelgrossen KMU-Betrieben. Es sind Unternehmer aus verschiedensten Branchen vom Dienstleister, Handelsbetrieb bis hin zum Produktionsbetrieb und Betriebe aus der Gesundheit sowie Kosmetikbranche. Die Gebr. Kuoni beschränkt seine Aktivitäten aktuell auf die Vermietung, Vermarktung und Verwaltung der Infrastruktur.

Was planen Sie mit der ehemaligen Liegenschaft an der Felsenastrasse 5 in Chur?

Durch die Lage unweit des Stadtzentrums bietet sich das Areal geradezu für Wohnraum an. Es ist unsere Absicht, gemeinsam mit der Nocasa AG eine Wohnüberbauung zu realisieren. Die Planung und ersten Projektschritte sind angestossen und aufgelegt.

Neben Gewerbe und Lagerflächen vermieten Sie im Gewerbepark auch «Self Storage». Was muss man darunter verstehen?

«Self Storage» bedeutet die Selbsteinlagerung von Gegenständen in abgeschlossenen, sicheren, sichtgeschützten und bequem zugänglichen Raumeinheiten mit individuellen Grössen und flexibler Mietdauer. Wir alle kennen die Herausforderung, zu Hause von zu wenig Platz zu haben. Oder ein Umzug steht vor der Tür. Wohin mit den Möbeln oder dem Hausrat in der Zwischenzeit? Eine Erbschaft ist ange-



Clau Caviezel präsentiert den «Self Storage».

sagt, wohin damit? Eine Auslandsreise oder Studienaufenthalt ist geplant. Wohin mit dem Hausrat? Das Hobbyzimmer wird künftig als Kinderzimmer genutzt. Wohin mit den Gegenständen? Genau da bieten wir mit dem «Self Storage» Abhilfe. Er ist mit einem Autolift bequem und einfach erreichbar und für die Mieter während 7 Tagen und 24 Stunden zugänglich.

Schelmer in Zahlen

Etagen:	4
Tiefgarage für PW:	126
Tiefgarage für LKW:	26
Nutzbare Fläche im Gewerbepark:	18 000 m ²
Warenlifte:	2
Autolift:	1
Büros:	62 Stück



SCHELMER





Raum zum Entdecken.

Die neue V-Klasse Marco Polo. Erleben Sie unbekannte Welten und ein Gefühl von Zuhause, egal wo Sie sind. Jetzt mit verbesserter Smart-Home-Funktion für MBAC und Reisekomfort in noch grösserer Dimension. Mehr entdecken auf rcm-saga.ch

The space is yours.

Mercedes-Benz



SAGA CHUR

Ringstrasse 5-9, 7007 Chur, Tel. 081 287 11 11, info@rcm-saga.ch, www.rcm-saga.ch

Anmeldung



reWORK
NETZWERK
GRAUBÜNDEN

Dialog im Fokus

**Wie Arbeitgebende, Ärzteschaft
und Sozialversicherungen
zusammenarbeiten können.**

**Forum reWork
6. November 2024, 17 – 20.30 Uhr
Fachhochschule Graubünden, Chur | online**



Unternehmensnachfolge und Immobilien

Die ideale Nachfolgelösung zu finden, ist anspruchsvoll. Wirtschaftet ein Unternehmen erfolgreich, gehört oft eine Geschäftsliegenschaft zum Vermögen. Es ist schwierig für potenzielle Nachfolger, wenn sie diese mitfinanzieren müssen. Frühzeitige Planung lohnt sich.

Soll eine Unternehmensübergabe erfolgreich sein, müssen im Nachfolgeprozess vorab Verträge, Beteiligungen und Abhängigkeiten geklärt und bereinigt werden. Wichtig ist in diesem Bereinigungsprozess auch, rechtliche und finanzielle Verflechtungen zu identifizieren und zu vereinfachen sowie Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu konsolidieren. Besondere Aufmerksamkeit verdienen hierbei Immobilien im Geschäftsvermögen.

Problem Geschäftsliegenschaft

Erfolgreiche Unternehmen haben oft ein erhebliches Vermögen angesammelt, wenn die Nachfolgelösung ansteht. Zu diesem Vermögen gehört in vielen Fällen eine Geschäftsliegenschaft, die weitgehend abbezahlt ist. Man spricht hier von «schweren» Unternehmen. Für sie empfiehlt es sich, Privat- und Geschäftsvermögen rechtzeitig zu trennen und den privaten Vermögensaufbau zu forcieren. Denn Kaufinteressenten, die eine Firma erwerben möchten, sind nicht automatisch am damit verknüpften Immobilienbestand interessiert. Gleichzeitig schraubt der Immobilienanteil den Kaufpreis in die Höhe. Das kann für die Nachfolgeregelung eine ernsthafte Hürde darstellen. Im Hinblick auf die Nachfolgeregelung sollte ein Unternehmer deshalb frühzeitig die Trennung von Immobilien und operativem Geschäft prüfen und einleiten. Es gibt hierbei verschiedene Lösungsansätze.

Privater Verkauf

Das Unternehmen kann die Immobilie zum Beispiel an einen Investor verkaufen, mit

dem anschliessend ein langfristiger Mietvertrag zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen wird. Der Unternehmensverkäufer kann sie auch selber aus seinem Privatvermögen erwerben und dem Unternehmen vermieten. Das Betriebsergebnis wird damit nicht verwässert, das Unternehmen kann im Gegenzug aber auch keine Abschreibungen geltend machen. Der Käufer wiederum kann die erworbene Immobilie als Altersvorsorge nutzen und die Unterhaltskosten abziehen, allerdings muss er alle Investitionen privat tragen und setzt sich zu einem späteren Zeitpunkt bei einem Verkauf der Immobilie dem Risiko aus, als gewerbmässiger Liegenschaftshändler eingestuft zu werden.

Separate rechtliche Strukturen

Alternativ kann die Geschäftsliegenschaft an eine (neu zu gründende) Gesellschaft verkauft werden. Um steuerrechtlichen Problemen vorzubeugen, muss der Verkaufspreis dem Verkehrswert entsprechen. Ist die Immobilie schon lange im Unternehmen und zu einem grossen Teil abgeschrieben, resultieren daraus hohe stille Reserven, die beim Verkauf gewinnbesteuert werden. Die Abschreibung in den Folgejahren neutralisiert diesen Effekt auf lange Sicht.

Ausgliederung

Ein weiteres Szenario: Die auszugliedern Vermögenswerte werden an eine Tochtergesellschaft übertragen, an der das Unternehmen beteiligt ist. Diese Form der Entflechtung ist steuerlich neutral. Allerdings dürfen die übertragenen Vermögenswerte und die Anteile an der Tochtergesellschaft während fünf Jahren nicht verkauft werden, andernfalls werden Steuern fällig.

Spaltung

Die Geschäftsimmobilie kann auch an eine andere Gesellschaft übertragen werden und als Gegenwert werden Beteiligungsrechte gewährt. Bei dieser Form der Ent-

flechtung können die Beteiligungsrechte oder die Immobilie jederzeit ohne Steuerfolgen verkauft werden. Die Anforderungen an eine steuerneutrale Spaltung sind hoch: So müssen beide Kapitalgesellschaften einen Betrieb im Sinne des Steuerrechts weiterführen. Nur das Halten und Verwalten der Immobilie erfüllt diese Anforderung nicht, es sei denn, die Vermietung bzw. Verpachtung der verwalteten Immobilie wirft einen jährlichen Mietertrag von über 2 000 000 Franken ab. Zu beachten ist dabei, dass in diesem Fall die Gesellschaft ohne eigentlichen Geschäftsbetrieb aus Sicht der Grundstückgewinnsteuer eine Immobiliengesellschaft darstellt und der Verkauf von Beteiligungsrechten eine Grundstückgewinnsteuer auslöst.

Frühzeitig planen

Bei der Nachfolgeplanung sind viele Aspekte zu berücksichtigen. Die Entflechtung von Geschäfts- und Privatvermögen im Zusammenhang mit Immobilien ist nur ein Thema von vielen. Auch steuerliche, eherechtliche und erbrechtliche Fragen sowie die persönliche Vorsorgeplanung spielen eine wichtige Rolle. Entscheidend ist, die Planung früh in Angriff zu nehmen und wichtige Weichen vorausschauend zu stellen.

Professionelle Unterstützung

Vertrauenswürdige Fachleute in Ihrer Nähe finden Sie im Online-Mitgliederverzeichnis des Schweizerischen Treuhänderverbands.

➔ www.treuhandsuisse-gr.ch



Ramun Grond ist Vorstandsmitglied des Schweizerischen Treuhänderverbands TREUHAND|SUISSE, Sektion Graubünden

TREUHAND | SUISSE



EUGENIO
Einrichtungskonzepte



lista office **LO**
Chur Näfels eugenio.ch



drucki.ch

Wir lieben Papier.

Loetscher
& CO AG SCHIERS

Schreinerei
Zimmerei
Fensterbau

Telefon 081 328 11 39
Mail: loetscher@loetscher-holzbau.ch

loetscher-holzbau.ch



CIOCCARELLI

Plattenbeläge
Mosaikbeläge
Natursteinbeläge
Kunststeinbeläge
Fassadenbau
Ausstellung

BAUKERAMIK

THUSIS • CHUR

T 081 651 11 53
www.cioccarelli.ch



Risiken richtig einschätzen.

Mit unseren Treuhandprofis sind Sie gut abgesichert.

TREUHAND | SUISSE

www.treuhandswiss-gr.ch
Schweizerischer Treuhänderverband
Sektion Graubünden

Wirtschaft startet Projekt zu grünen Technologien

Für grüne Technologien besteht im Kanton Graubünden Wachstumspotenzial. Davon sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden (DWGR) überzeugt und haben daher das Projekt «Green Tech Kompetenznetzwerk Graubünden» gestartet. Zusammen mit 30 Partnern aus Wirtschaft, Bildung und Forschung sowie dem Kanton sollen die Grundlagen dafür geschaffen werden, damit sich Graubünden langfristig zu einem führenden Green-Tech-Standort des Alpenbogens entwickeln kann.

Bl. Mit dem Projekt «Green Tech Kompetenznetzwerk Graubünden» möchte der BGV im Rahmen der DWGR nicht nur einen Beitrag für die künftige Wertschöpfung im Kanton, sondern auch zu einer ökologisch nachhaltigeren Wirtschaft beitragen. «Green Tech» umfasst Technologien und Dienstleistungen, die darauf abzielen, die Umweltbelastung zu verringern oder zu vermeiden. Dabei geht es darum, Energie und Ressourcen effizienter einzusetzen, die Nutzung erneuerbarer Ressourcen zu fördern sowie schädliche Emissionen zu reduzieren. Das Projekt wird von den Projektpartnern sowie im Rahmen der Neuen Regionalpolitik von Bund und Kanton finanziert.



Gruppenbild anlässlich dem Kick-off-Tag des «Green Tech Kompetenznetzwerk Graubünden»

Chancen nutzen

Graubünden verfügt einerseits über viele natürliche Ressourcen, die künftig besser in Wert gesetzt werden können. Andererseits sind im Kanton starke Unternehmen mit viel Know-how angesiedelt, um grüne Technologien voranzutreiben und neue Geschäftsfelder zu entwickeln. Beispiele dafür lassen sich in der Bauwirtschaft und in der Energiewirtschaft finden, aber auch in anderen Bereichen. Stellvertretend für die Initiatoren sagt Maurus Blumenthal, Direktor des BGV: «Wir sind überzeugt, dass viele Herausforderungen im Umweltbereich technologisch von der Wirtschaft gelöst werden können und dass die weltweiten Trends der Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung für die Bündner Wirtschaft Chancen eröffnen. Es gilt, die Kräfte zu bündeln und die Chancen zu nutzen, und nicht zuzuwarten, bis die Politik die Wirtschaftsfreiheit einschränkende Regulierungen einführt.»

Netzwerk steht im Vordergrund

Das Projekt umfasst drei Phasen, um die Grundlagen für eine Green-Tech-Plattform zu schaffen. In einer ersten Phase werden die Voraussetzungen und das Potenzial für grüne Technologien in Graubünden analysiert. Die Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) analysiert dabei in einer Studie die weltweiten technologischen Trends und die Voraussetzungen dafür in Graubünden. In einer zweiten Phase werden Handlungsfelder und Pilotprojekte entwickelt sowie in einer dritten Phase mögliche Formen für die Ausgestaltung einer Green-Tech-Plattform geprüft. Im gesamten Projekt steht die Netzwerkarbeit im Vordergrund. Dank dem Wissens- und Erfahrungsaustausch soll die Vernetzung der verschiedenen Akteure aus dem Green-Tech-Bereich gefördert werden. Dieser Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Bündner Unternehmen, Organisationen der Bildung und Forschung sowie staatlichen Institutionen wurde mit dem Kick-off-Event am 26. September gestartet. Rund 50 Personen haben sich im Gebäude der viega Schweiz in Chur zusammengefunden.

Bezug zum Green Deal

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Klimaschutzgesetz haben die DWGR festgehal-



ten, dass der Förderung der angewandten Forschung sowie des Wissens- und Technologietransfers eine zentrale Bedeutung des Green Deals zukommen muss, um die ange-dachte volkswirtschaftliche Wirkung zu erzielen. Analog dem Bundesgesetz zum Klimaschutz soll die Innovationsförderung auch im Bündner Gesetz verankert werden. Mit dem «Green Tech Kompetenznetzwerk Graubünden» sollen der Wissens- und Technologietransfer sowie die Innovation im Bereich der grünen Technologien ebenfalls gestärkt werden.

Die Projektpartner

Trägerschaft: Bündner Gewerbeverband, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, Hotellerie-Suisse Graubünden

Unternehmen: Axpo Hydro Surselva AG, Balzer Ingenieure, CLB Schweiz, ewz, Fanzun AG, Flims Electric und Weisse Arena, GEVAG, Graubündner Kantonalbank, GRIBAG Beton AG, Inventx AG, Kantonsspital Graubünden, Lazzarini AG, Novaziun AG, Rhätische Bahn, Ritter Schumacher AG, viega Schweiz, Zendra AG, Zindel United

Verbände: AGVS Sektion Graubünden, ASTAG Sektion Graubünden, EIT. graubünden, Graubündnerischer Bau-meisterverband, Graubünden HOLZ, HotellerieSuisse Lenzerheide – Valbella, suissetec grischun, Vereinigung Bündner Elektrizitätsversorgungsunternehmen

Bildung und Forschung: CSEM, Empa, ibW Höhere Fachschule Südostschweiz, Fachhochschule Graubünden

Weitere Organisationen: Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, Energie-Agentur der Wirtschaft ENAW, InnoQube Schweiz

Weitere Informationen sind auf www.green-tech-gr.ch zu finden.



Wir beraten Unternehmer.

CHUR

THUSIS

ST. MORITZ

T 081 257 02 57

bmuag.ch

TREUHAND | SUISSE

THOMANN
NUTZFAHRZEUGE

Ihr Gas(t)geber für Wartung und Verkauf
von Lastwagen, Omnibussen, Transportern



Auch in Sachen Elektro-Mobilität profitieren Sie von unseren Komplettlösungen – dies bei Kauf und Miete.

ARCHITEKT FÜR ELEKTRIFIZIERUNG

Wir geben Ihnen eine praxisstarke 360°-Unterstützung zu allen Fragen wie Lade-Infrastruktur, Routenplanung oder Reichweitenoptimierung. Und für die anspruchsvollen Hochvolt-Wartungs- und Reparaturarbeiten sind wir bestens vorbereitet.

www.thomann.swiss



VOLVO IVECO

SETRA

OMNIPLUS

VANPOOL

VOL
BUS & COACH



SOLARIS

Carrier
TRANSIGOLD

FUSO

Thomann Nutzfahrzeuge AG
Schmerikon/Frauenfeld/Arbon/Chur

Rottal Auto AG
Ruswil

Gebr. Knecht AG
Bassersdorf/Aarau

Sales



After-Sales



Wissenswertes für Lehrbetriebe



Ramon Fontana

In Graubünden bilden rund 3000 Lehrbetriebe Lernende in über 160 Berufen aus. Als Lehrbetrieb gilt es verschiedene Bestimmungen zu beachten.

Der BGV hat die wichtigsten Aspekte zur Ausbildung von Lernenden in diesem Artikel zusammengefasst und dafür mit Ramon Fontana, dem Abteilungsleiter Lehraufsicht beim Amt für Berufsbildung (AFB), gesprochen.

Voraussetzungen

Damit ein Betrieb Lernende ausbilden kann, benötigt er eine Bildungsbewilligung des AFB. Zusätzlich muss ein/e Berufsbildner/in mit den nötigen fachlichen und pädagogischen Kompetenzen im Unternehmen angestellt sein. Diese Person muss ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis beziehungsweise eine vergleichbare Qualifikation im Beruf, in dem sie ausbildet, haben sowie in der Regel über mindestens zwei Jahre Berufserfahrung im entsprechenden Beruf verfügen. Darüber hinaus muss sie mindestens den 40-Stunden-Kurs als Berufsbildner/in absolviert haben. Bei bestimmten Berufen werden in den Bildungsverordnungen zusätzliche Anforderungen festgelegt. Für Ramon Fontana vom AFB sollte ein/e Berufsbildner/in «Freude am Umgang mit jungen Menschen haben, mit Begeisterung die berufsspezifischen Handlungskompetenzen vermitteln und als Vorbild handeln». Wie viele Lernende ein/e Berufsbildner/in und eine mitarbeitende Person (Fachkraft) betreuen dürfen, ist ebenfalls in der jeweiligen Bildungsverord-

nung festgelegt. Daneben muss ein Lehrbetrieb, laut Fontana, alle Handlungskompetenzen gemäss Bildungsplan im Lehrbetrieb ausbilden können. Ist dies nicht möglich, kann ein/e Lernende/r die Ausbildung in einem Lehrbetriebsverbund absolvieren. «Dabei werden in einer Vereinbarung zwischen den Lehrbetrieben Inhalt und Dauer der einzelnen Bildungsteile sowie die Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten inklusive Dokumentation der Bildungsleistung und Finanzierung festgehalten», so Fontana.

Arbeitsvertrag, Kosten und weitere Verpflichtungen

Im Lehrvertrag werden neben der Art und Dauer der Berufsausbildung, dem Lohn, der Probezeit, der Arbeitszeit, den Ferien und auch die Kostenübernahme für Spesen festgehalten. «Der Lehrvertrag muss vom Amt für Berufsbildung bewilligt werden: Dies kann jedoch frühestens ab August für den Lehrbeginn im Folgejahr erfolgen», erklärt Ramon Fontana. Lehrbetriebe sind neben den Lohn- und üblichen Versicherungskosten verpflichtet, bestimmte weitere Kosten für ihre Lernenden zu übernehmen. Darunter fallen die Kosten für Schutzbekleidung und andere Materialien, welche die Lernenden für ihre Arbeit benötigen. Der Lehrbetrieb ist ebenso verpflichtet, die Kosten im Zusammenhang mit den überbetrieblichen Kursen wie Fahrkosten, auswärtige Verpflegung und Unterkunft zu bezahlen.

Es gibt Berufsverbände, welche die Kosten für den Besuch der überbetrieblichen Kurse voll oder teilweise von allen Verbandsmitgliedern gemeinsam finanzieren lassen. Der Lehrbetrieb ist ebenfalls verpflichtet, die Kosten für Kursmaterial (zum Beispiel Lehrmittel, usw.) sowie die Materialkosten und Raummieten, die während der Abschlussprüfungen entstehen, zu übernehmen. Die Kostenübernahme im Zusammenhang mit dem Besuch der Berufsfachschule ist gemäss Ramon Fontana möglich, aber nicht verpflichtend für die Lehrbetriebe. Eine weitere Pflicht der Lehrbetriebe ist die Dokumentation des Bildungsstands im Bildungsbericht einmal pro Semester, welcher dem Amt für Berufsbildung auf Verlangen eingereicht werden muss. Zusätzlich kontrolliert der Lehrbetrieb die Lerndokumentation der Lernenden und bespricht diese

mindestens einmal pro Semester.

Eine gute Zusammenarbeit zwischen den drei Lernorten, sprich Lehrbetrieb, Berufsfachschule und überbetrieblichen Kursen, ist wichtig. Dies gilt insbesondere, wenn sich Schwierigkeiten mit Lernenden abzeichnen. Diese können bei ungenügenden Leistungen in der Berufsfachschule während maximal eines Halbtags pro Woche Stützkurse besuchen. Die Berufsfachschule entscheidet zusammen mit dem Lehrbetrieb und der lernenden Person, ob ein Stützkurs notwendig ist. Der Besuch erfolgt während der Arbeitszeit und ohne Lohnabzug. Für Fontana ist es nicht unüblich, dass während einer Lehre einmal Schwierigkeiten auftreten können. «Grundsätzlich ist es wichtig, diese anzusprechen, die Ursachen gemeinsam herauszufinden und konkrete Ziele und Massnahmen zu definieren.» Bei Lernenden unter 18 Jahren müssen die gesetzlichen Vertretungen beigezogen werden. Das Amt für Berufsbildung kann bei schwierigen Situationen vermitteln. Finden die Vertragsparteien keine Lösung, kann der Lehrvertrag im gegenseitigen Einvernehmen oder einseitig aus wichtigen Gründen aufgelöst werden. Bei einer Lehrvertragsauflösung muss das AFB unverzüglich schriftlich (Auflösungsschreiben) informiert werden. Lernende können die Berufsfachschule für acht Wochen ohne Lehrvertrag weiterhin besuchen. Das AFB unterstützt die Lernenden bei der Suche einer Anschlusslösung. «Die meisten Lehrvertragsauflösungen münden in ein neues Lehrverhältnis, vielfach im gleichen Beruf, teilweise aber auch in einem anderen Beruf», so Fontana.

Handbuch für Lehrbetriebe

Das Handbuch betriebliche Grundbildung ist ein Arbeitsinstrument für Lehrbetriebe. Es informiert über alle wichtigen Aspekte der betrieblichen Grundbildung und umfasst Anleitungen, Checklisten und Vorlagen. Das



Handbuch kann online unter berufsbildung.ch heruntergeladen oder bestellt werden.

Anlaufstelle Amt für Berufsbildung

Die Abteilung Lehraufsicht des Amts AFB ist Anlaufstelle bei Fragen rund um das Lehrverhältnis. Kontakt:



lau@afb.gr.ch,

081 257 27 66.

Lehraufsicht – Standorte und Adressen (gr.ch)





**Damit KMU nicht nur
weiterkommen, sondern weit
kommen.**

**Für die beste
Zukunft aller Zeiten.**

gkb.ch/kmu

 **Graubündner
Kantonalbank**